

«Bleiben wohl eine Weile im Rennen»

Tiefenlager im Niederamt Verantwortliche der Plattform Jurasüdfuss stehen Red und Antwort

VON BEAT WYTENBACH

Die Region Jurasüdfuss ist eine von sechs möglichen Standortregionen in der Schweiz, wo ein Endlager für radioaktive Abfälle grundsätzlich infrage kommt. Mit der kürzlich erfolgten Veröffentlichung der Bestandesaufnahme in den sechs möglichen Standortregionen (wir berichteten) wurde gleichsam das Mitwirkungsverfahren lanciert. Stellung zu Fragen der regionalen Partizipation der Region Jurasüdfuss bezüglich eines allfälligen Tiefenlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle nehmen Hanspeter Jeseneg, Energieverantwortlicher der Gemeindepräsidentenkonferenz Niederamt (GPN) und alt Gemeindepräsident von Gretzenbach sowie Hans Beer, Geschäftsstellenleiter der Plattform Jurasüdfuss (PJS), aus Gretzenbach.

Wie wird das Mitwirkungsverfahren organisiert?

Hanspeter Jeseneg: Dies läuft nicht an allen Standorten gleich ab. Wir sind ein Spezialfall. Die Führung muss bei den betroffenen Gemeinden liegen. Aus diesem Grund wird innerhalb der Standortregion Jurasüdfuss ein Verein gegründet. Der Vereinsvorstand hat gleichzeitig die Leitung der Regional-konferenz inne.

Wie werden die Teilnehmer bestimmt?

Jeseneg: Beim Trägerverein werden die Mitglieder von den Gemeinden delegiert. Aus der Menge der Delegierten wird der Vorstand gebildet. Dieser bildet die Leitungsgruppe der Regional-konferenz. Die Idee dahinter ist, dass innerhalb einer Standortregion alle Subregionen, Organisationen, Wirt-

«Mit unserer Mitwirkung wollen wir den eventuellen Schaden in Grenzen halten.»

Hanspeter Jeseneg,
Energieverantwortlicher der
Gemeinden im Niederamt

schaftsverbände, das Gewerbe, die Landwirtschaft und viele andere mehr bis hin zu den sozialen Organisationen alle Interessengemeinschaften vertreten sind.

Wie muss man sich die Mitwirkung genau vorstellen?

Jeseneg: Sie können sich zu den Oberflächenanlagen äussern; zur sozioökonomisch-ökologischen Studie, welche im Entstehen begriffen ist sowie gemäss Vorschlag des Bundesamts für Energie (BfE) zu kompensatorischen Entwicklungspro-



Mitwirkung bei der Tiefenlagerfrage – Hanspeter Jeseneg (l.) und Hans Beer erklären, wie das geht. BW

■ BODENPREISE: DIE AUSWIRKUNGEN VON NUKLEARANLAGEN

Die IAZI AG, welche sich zu den führenden Beratungsunternehmen im Immobiliensektor Schweiz zählt, hat eine weitere Studie veröffentlicht, deren Kernaussage es ist, dass sich der **Wertverlust von Immobilien** drama-

tisch verringert, je näher eine Liegenschaft bei einer Kernanlage liegt, so auch in der Region Olten-Aarau. «Diese Ergebnisse leuchten mir rein gefühlsmässig ein», sagt **Hanspeter Jeseneg.** In einer sozioökonomischen Studie,

welche die Gemeindepräsidentenkonferenz Niederamt (GPN) erarbeiten liess, konnte ein solcher Zusammenhang allerdings nicht nachgewiesen werden. Die IAZI AG verfüge offenbar über einen anderen Untersuchungsan-

satz. Für **Hans Beer** ist es ebenfalls nachvollziehbar, dass die Immobilienpreise in der Nähe von Kernanlagen sinken. Andererseits komme es immer wieder vor, dass selbst renommierte Institute falsche Zahlen nennen. (BW)

jekten in der Region. Letztere beinhalten Abgeltungen, aber auch Projekte zur Entwicklung der Region. Wir wollen über alles reden, was wichtig für uns ist, speziell auch über die Sicherheit.

Warum soll die Region bei etwas mitwirken, was sie gar nicht will?

Jeseneg: Gute Frage. Eigentlich handelt es sich hier um einen Auftrag, abgeleitet aus dem Kernenergiegesetz und dem Sachplanverfahren. Es gibt aber schon Gründe, weshalb man mitarbeiten soll. Wir können zwar nicht über die Standortfrage entscheiden, das tut das Stimmvolk im Rahmen einer eidgenössischen Abstimmung. Mit unserer Mitwirkung wollen wir aber den eventuellen Schaden in Grenzen zu halten.

Wann gehts konkret los?

Hans Beer: Derzeit werden die Gemeinden angeschrieben, um Delegierte für den Trägerverein zu bestimmen. Dieser soll voraussichtlich vor den Sommerferien gegründet werden. Die Regionalkonferenz soll im August ins Leben gerufen werden.

Warum braucht es für das Mitwirkungsverfahren eine Bestandesaufnahme der Region?

Jeseneg: Die Studie zur Bestandesaufnahme in den Regionen enthält Daten, die für die einzelnen Gemeinden relevant sein werden, und ist somit eine Grundlage für die Partizipation. In einer Gemeinde gibt es mehr Bauern, in einer anderen mehr Ausländer, in einer dritten mehr ältere Menschen.

Beer: Die Studie zur Bestandesaufnahme der sechs Regionen gilt als Basis für die weitere Arbeit der Regionalkonferenz. Und dank diesen Unterlagen lassen sich zudem die sechs möglichen Standortregionen miteinander vergleichen.

Ihre Prognose: Wann scheidet das Gebiet Jurasüdfuss aus der Standortsuche für ein Tiefenlager aus?

Beer: Im Grunde genommen könnten nach bisherigen Erkenntnissen respektive fachlichen Vergleichen der Jurasüdfuss und der Wellenberg jetzt schon wegfallen. Im Herbst dieses Jahres entscheidet der Bundesrat aufgrund der Beurteilung des Bundesam-

tes für Energie, welche Standorte nicht mehr in Betracht gezogen werden. Aber man erwartet offenbar, dass alle sechs Standorte vorläufig weiterhin im Rennen bleiben. Sonst würde auch die Vorbereitung für das Mitwirkungsverfahren kaum Sinn machen. **Jeseneg:** Ich kann diese Aussage nur bestätigen. Nach rein sicherheitstechnischen Kriterien käme nur das Zürcher Weinland infrage. Wenn man aber noch andere Kriterien zulässt,

«Man erwartet offenbar, dass alle sechs Standorte vorläufig weiterhin im Rennen bleiben.»

Hans Beer, Geschäftsleiter der Plattform Jurasüdfuss

muss man sich fragen, inwieweit politische Interessen auch eine Rolle spielen. Ich kann ich mir schon vorstellen, dass wir noch eine ganze Weile im Rennen bleiben werden – nicht zuletzt wegen unseres relativ grossen Abstandes zur deutschen Grenze.

Regierung ist für zwei Wochen Winterferien

Interpellation An sämtlichen kantonalen Mittelschulen und Berufsfachschulen sowie an den meisten Volksschulen im Kanton sind zwei Wochen Winterferien seit Jahrzehnten eine Selbstverständlichkeit. Und das soll nach dem Willen der Regierung auch so bleiben. Dies geht aus einer Stellungnahme zu einer Interpellation von CVP-Kantonsrat Peter Brotschi (Grenchen) hervor. Dieser sieht das aber eben etwas anders. In seinem Vorstoss plädiert er für eine Woche Sportferien und für drei Wochen Frühlingsferien. Grund: Mit der Einführung des Gesamtarbeitsvertrags (GAV) vor einigen Jahren wurde für sämtliche Schulen im Kanton Solothurn die fixe Einhaltung von zwei Wochen Weihnachtsferien definiert. Vorher hatten die Weihnachtsferien am Mittag des 24. Dezember begonnen und endeten am 2. Januar, waren also in der Regel kürzer.

Nach zwei Wochen Weihnachtsferien aber, so Brotschi, und nur gerade vier Wochen Unterricht, machen zwei weitere Ferienwochen keinen Sinn. Die Regierung zeigt für das Anliegen kein Musikgehör, insbesondere will sie nicht Hand bieten für eine Umfrage im Kanton, welche die Bedürfnisse der Eltern eruiert. «Die bisherige Praxis hat sich bewährt», heisst es in der Antwort. Unter Berücksichtigung der regionalen Zusammenarbeit seien die Gemeinden aber frei, eigene Zeiten für die Winterferien festzusetzen. Vom Kanton bestimmt werden für die Volksschulen nur die Weihnachtsferien. (ESF)

Von Schweissen bis Bauchtanzen

Buben- und Mädchenwoche Vom 12. bis 15. April 2011 bietet die Buben- und Mädchenwoche einmal mehr in den Frühlingsferien ein buntes Programm für junge Männer und Frauen im Alter von 12 bis 18 Jahren. Die von der Jugendförderung Kanton Solothurn organisierte Mädchenwoche findet in der Kulturfabrik Kofmehl statt, die vom Alten Spital Solothurn organisierte Bubenwoche in den Räumlichkeiten des Alten Spitals. Anmelden kann man sich vom 2. bis zum 31. März 2011 unter www.maedchenwoche.ch und www.bubenwoche.ch. Das Programm für die Mädchen umfasst Schweissen, Yoga, Rap, Gipsen, Beatboxing, Bauchtanzen, Kanu oder Theater, dasjenige für die Jungs Billard, Skateboard, DJ Workshop, BMX, Pfeil und Bogen oder Gleitschirmfliegen. (SKS)

Nachrichten

Kantonspolizei Neues Boot im Einsatz



Für die Arbeiten und Einsätze auf den Gewässern hat die Solothurner Kantonspolizei zwei Boote im Einsatz. Das bis anhin mehrheitlich im östlichen Kantonsgebiet eingesetzte Schiff wurde bereits im Jahr 1981 in Betrieb genommen. Es genügt den heutigen Anforderungen nicht mehr. Ersetzt wird es durch ein Boot der Marke Buser, das durch die in Solothurn ansässige Bootswerft Lehmar geliefert worden ist. Seit letzten Freitag ist das Boot einsatzbereit. (SZR)

Angeklagter zog die Mutter den Richtern vor

Amtsgericht Ein Kurde schoss 2007 einem Landsmann in Solothurn nach einem Streit ins Bein. Zur Gerichtsverhandlung erschien er nicht, weil er fürchtete, sich nicht mehr um seine Mutter kümmern zu können.

VON SAMUEL MISTELI

Das Amtsgericht Solothurn-Lebern hatte Polizisten aufgeboten, um die gestrige Verhandlung zu überwachen. Es wurde ein Angeklagter erwartet, der – so zumindest der Eindruck, den die Anklageschrift vermittelt – ein wenig angenehmer Zeitgenosse ist: Körperverletzung, Raufhandel und Gefährdung des Lebens warf die Staatsanwaltschaft dem 41-jährigen Kurden unter anderem vor.

Die anwesenden Polizisten blieben dann aber ohne Arbeit – der Ange-

klagte erschien nicht. Die Mutter seines Mandanten, informierte Verteidiger Alexander Kunz bei Verhandlungsbeginn, sei schwer krank. Der Sohn fürchte, nach dem Gerichtstermin gleich in Haft genommen zu werden und sich deshalb nicht mehr um die Erkrankte kümmern zu können. Deshalb sei er dem Prozess ferngeblieben und bitte um Verschiebung.

Staatsanwalt Claudio Ravicini zeigte sich unbeeindruckt von der Fürsorge des Angeklagten für seine Mutter. Er war der Ansicht, dass das Erscheinen zum Gerichtstermin ebenfalls Pflicht gewesen wäre: «Es passt zu seiner Persönlichkeit, dass er die Verantwortung für seine Taten nicht wahrnimmt.»

Gezielt ins rechte Bein geschossen

Das Gericht gab dem Antrag des Verteidigers trotzdem statt: Die Anfang Jahr eingeführte neue Strafprozessordnung, so Gerichtspräsident

François Scheidegger, lasse eine Verhandlung in Abwesenheit des Beschuldigten nur in Ausnahmefällen zu. Der Prozess müsse deshalb zu einem späteren Zeitpunkt neu angesetzt werden.

Da eine Reihe von Zeugen aufgebeten worden war, sollte ein Teil der Verhandlung trotzdem durchgeführt werden. Da aber auch hier nur zwei

«Es passt zu seiner Persönlichkeit, dass er die Verantwortung nicht wahrnimmt.»

Claudio Ravicini, Staatsanwalt

der sechs Aufgeborenen erschienen, blieb von der ursprünglich geplanten zweitägigen Verhandlung vorerst nur ein magerer Prolog. Der gewichtigste Vorwurf gelangte dabei aber bereits

zur Sprache: Anfang November 2007 war der angeklagte Kurde in einen Streit unter Landsleuten verwickelt gewesen, der im «Türkü-Club» in Solothurn seinen Anfang nahm und auf dem Parkplatz davor eskalierte (wir berichteten). Im Verlauf der Auseinandersetzung, in der reichlich Alkohol im Spiel war, zog der Beschuldigte einen Revolver, mit dem er seinem Opfer kurz darauf offenbar gezielt ins rechte Bein schoss.

Zentraler noch als die Beurteilung dieser Tat, deren Hergang weitgehend geklärt ist, wird beim Hauptteil des Prozesses die Frage sein, ob der angeklagte Kurde verwahrt werden soll. Das Gutachten des psychiatrischen Experten, der gestern anwesend war, aber noch nicht befragt wurde, verneint die Therapierbarkeit des Beschuldigten und legt diesen Schritt nahe. Stattfinden wird die Verhandlung möglicherweise erst im Sommer.